



Landtags-Infoblatt

Gaspreis ist 20 % zu hoch!

SPÖ, ÖVP und FP verteidigen hohe EStAG-Tarife

Der Erdölpreis ist seit über einem Jahr im freien Fall. Diesel und Benzin sind an den Tankstellen deutlich billiger geworden. Ähnlich die Entwicklung beim Gaspreis: Der Gaspreisindex der Austrian Energy Agency zeigt, dass die Großhandelspreise geradezu verfallen sind. Die steirischen Haushalte merken davon aber nicht viel.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg verlangte im Rahmen einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 15. März eine Senkung des Gastarifs um 20 Prozent. Das würde die Entwicklung bei den Gaspreisen widerspiegeln. Vergleichbare Landesenergieversorger bieten Erdgas deutlich billiger an, die EVN-Tochter Switch-Erdgas verlangt für einen durchschnittlichen Haushalt etwa 141 Euro weniger pro Jahr als die EStAG.

Zwar hat es im Vorjahr eine Preissenkung gegeben, diese erfolgte allerdings vor dem Preisverfall. Die letzte Änderung des Tarifs davor hat die EStAG 2011 vorgenommen, damals wurde der Preis um 7,2 % angehoben, wie der Geschäftsbericht zeigt.

„Die Zeit der Lohn- und



Preisabkommen ist vorbei, es gibt so etwas wie Märkte“, verteidigte ÖVP-LAbg. Pichler-Jessenko die Hochpreispolitik der EStAG. „Die EStAG ist ein freies Unternehmen, die Politik hat da keinen Einfluss“, kommentierte der FP-Abgeordnete Anton Kogler die Preispolitik des zu 75 % im öffentlichen Eigentum stehenden Energieversorgers.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Angesichts der Einkaufspreise ist die Forderung an die Energie Steiermark nach einer Gaspreissenkung für Haushalte um rund 20 Prozent mehr als gerechtfertigt.“

Die günstigen Preise müssen an die Haushalte weitergegeben werden.“ Die KPÖ wird weiter Druck auf die EStAG ausüben, die Preise nach unten zu korrigieren.

WARNUNG vor der EU

Die EU gefährdet die
Unabhängigkeit und die
Neutralität Österreichs.
Die Sozialsysteme werden
verschlechtert und die
Demokratie untergraben.

Runter mit dem Gaspreis!



KPÖ

KPÖ-Initiative angenommen: Kassenfinanzierte Psychotherapie

Der zuständige Ausschuss des steirischen Landtags hat gegen die Stimmen der FPÖ einen Antrag der KPÖ angenommen, der die Landesregierung auffordert, sich beim Bund für eine kassenfinanzierte Psychotherapie einzusetzen. Ziel soll ein Gesamtvertrag zwischen dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger und dem Bundesverband für Psychotherapie sein. Dadurch soll die kassenfinanzierte, für jedermann zugängliche, flächendeckende psychotherapeutische Versorgung in Österreich sichergestellt werden.

Medizinische Studien und Daten geben Anlass zur Sorge: 2009 waren 900.000 Menschen in Österreich im Laufe eines Jahres wegen psychischer Probleme in ärztlicher Behandlung – Tendenz steigend. 840.000 von ihnen erhalten Psychopharmaka. 78.000 Personen sind we-

gen psychischer Diagnosen im Krankenstand –Tendenz auch hier stark steigend.

Claudia Klimt-Weithaler: „Ein gleichberechtigter Zugang zur Psychotherapie für alle, die sie brauchen, ist höchst an der Zeit. Eine Versorgung auf Basis eines Gesamtvertrages mit den österreichischen Sozialversicherungsträgern muss daher dringend sichergestellt werden.“

Bislang werden psychische Störungen zu oft spät, stationär und teuer behandelt. Stattdessen wäre es wesentlich kostengünstiger und medizinisch wirksamer, diese früh und ambulant zu behandeln. Der weitere, bedarfsgerechte Ausbau des psychotherapeutischen Leistungsangebots sowie vor allem auch der seit Jahrzehnten ausständige Abschluss eines Gesamtvertrags für Psychotherapie auf Bundesebene muss ein zentrales Anliegen der Gesundheitspolitik sein.

Landesrat Drexler gibt grünes Licht für Spitalsschließungen

Im Ressort des steirischen Gesundheitspandesrates Drexler kursiert ein Konzept, mit dem die steirischen Spitalstandorte auf „sieben bis zehn“ halbiert werden sollen. Doch schon jetzt gibt es in vielen Bereichen zu wenig Betten, lange Wartezeiten, überlastetes Personal und keine gleichwertigen Alternativen. Die KPÖ richtete in der Landtagssitzung am 15. März eine Dringliche Anfrage an Gesundheitslandesrat Christopher Drexler.

Die Frage, ob es im Zuge der „Reform 2035“ zu einer merkbareren Reduktion der Spitalstandorte kommen werde, beantwortete Drexler mit einem klaren Ja. Für alternative Versorgungskonzepte fehlen derzeit sowohl umsetzbare Konzepte als auch die rechtlichen Grundlagen, wie Landesrat Drexler eingestehen musste. „Sicher ist aus Sicht der Landesregierung also, dass Spitäler geschlossen werden. In den Sternen steht hingegen, wie die Versorgungslücke geschlossen werden soll, die sie hinterlassen. Unter diesen Voraussetzungen ist ein gesundheitspolitischer Blindflug zu befürchten“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Das Gesundheitssystem ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Im Jahr 2004 machten die öffentlichen Gesundheitsausgaben 7,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, 2014 waren es 8,2 Prozent. Der größte Teil der Gesundheitsausgaben wird durch die Beiträge der arbeitenden Menschen finanziert. Je weniger Arbeitsplätze es gibt, desto weniger Arbeitende zahlen in die Krankenkassa ein. Das ist ein Problem, aber die oft erwähnten explodierenden Gesundheitsausgaben gibt es nicht.

Claudia Klimt-Weithaler: „Wir stellen uns nicht gegen Änderungen im Gesundheitsbereich. Das Personal ist überlastet, es fehlen in mehreren Bereichen Betten, die Wartezeiten auf wichtige Operationen sind oft zu lang, es fehlen Ärztinnen und Ärzte. Reformen sind dringend nötig. Aber wir wissen auch: Wenn SPÖ und ÖVP Reformen ankündigen, bleiben am Ende meistens nur Verschlechterungen über. Das ist auch hier zu befürchten, sonst würde nicht so viel Geheimniskrämerei um die Zukunftspläne betrieben.“

Güter von der Straße auf die Schiene!

LAbg. Werner Murgg:
„Straße fünfmal teurer als Schiene“

In Österreich werden fast fünfmal so viele Güter auf der Straße wie auf der Schiene transportiert. Die Treibhausgas-Emissionen des LKW-Verkehrs haben sich in Österreich seit 1990 mehr als verdoppelt und machen fast die Hälfte des gesamten Straßenverkehrs aus. Über Österreichs Alpenübergänge fahren jährlich etwa 6 Millionen LKW. Die KPÖ forderte daher im Landtag,

den Transit-Güterverkehr auf Perspektive vollständig auf die Schiene zu verlagern. Das wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP abgelehnt.

Murgg: „Eine Verlagerung des LKW-Verkehrs auf die Schiene würde der Allgemeinheit nicht nur billiger kommen, sondern auch die lokale Luftverschmutzung und Feinstaubbelastung verringern.“ Hinzu kommen die Schonung der Straßen sowie eine Lärmberuhigung im Sinne der Anrainer. Auch das Gefahrenpotenzial im Straßenverkehr würde durch diese Maßnahme erheblich reduziert werden.

Maßnahmen wie das einmalige sektorale Fahrverbot für Lkw in Tirol oder das generelle Lkw-Nachtfahrverbot in der Schweiz haben ihre Wirksamkeit im Sinne einer Verlagerung des Transports auf die Schiene bereits unter Beweis gestellt.



Buchtipps:

erhältlich im Webshop der KPÖ Steiermark
www.kpoe-steiermark.at

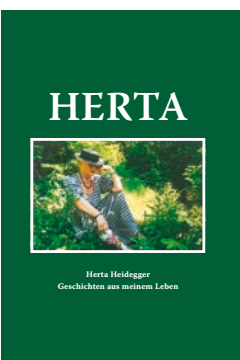
Alle Verhältnisse umzuwerfen...

10 Jahre KPÖ-Bildungsverein.

Ernest Kaltenegger,
Leo Kühberger und Samuel Stuhlpfarrer

In insgesamt acht Gesprächen spürten die Herausgeber Ernest Kaltenegger, Leo Kühberger und Samuel Stuhlpfarrer aktuellen und grundsätzlichen Fragen innerhalb der Linken nach.

19,90 Mandelbaum Verlag, ISBN: 978385476-653-7



Herta - Geschichten aus meinem Leben

Herta Heidegger erlebte eine Kind- und Jugendzeit, die von Armut gekennzeichnet war. Viele Jahre vertrat Herta Heidegger die KPÖ im Trofaiacher Gemeinderat. Als Funktionärin des Bundes Demokratischer Frauen setzte sie Impulse in der Frauenbewegung. Nun hat sie mit 87 Jahren ihr beeindruckendes Leben niedergeschrieben. Eigenverlag, 10 Euro. Im KPÖ Webshop und bei der KPÖ-Leoben erhältlich: Tel. 038 42 / 22 670

Verkehrsverbund: SPÖ, ÖVP und FPÖ lehnen Maßnahmen gegen Teuerung ab

Am 1. Juli 2016 erhöht der Verkehrsverbund die Tarife für den Öffentlichen Verkehr in der Steiermark um 1,6 %. Dieser Wert liegt deutlich über dem Verbraucherpreisindex. Angesichts der stark gesunkenen Treibstoff- und Energiepreise müssten die Tarife sinken, forderte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler im Landtag.

Die KPÖ setzte sich dafür ein, die vom Land Steiermark

in den Lenkungsausschuss entsendeten Mitglieder anzuweisen, gegen die geplante Tarifierhöhung zu stimmen, sowie auf eine Vertragsänderung zu drängen, welche die bislang eingeräumten jährliche Preisanhebungen zurücknimmt. SPÖ, ÖVP und FPÖ lehnten diesen Antrag ab.

Die Teuerung bei den im Verbund zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen

liegt immer weit über der Teuerungsrate. Grundlage dafür ist eine Vereinbarung aller im Verbund vereinten Unternehmen, jährlich Preis erhöhungen bis zum 1,75-Fachen des Verbraucherpreisindex durchzuführen. Lediglich die Landeshauptstadt Graz hat unter dem Druck der KPÖ den Preis für die Jahreskarte deutlich gesenkt.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „In Zeiten großer Belastungen für die Bevölkerung und des faktischen Feinstaubnotstandes im Großraum Graz ist eine automatische Teuerung unzumutbar. Günstige Preise für Strom und Diesel müssen an die Bevölkerung weitergegeben werden.“



Alljährliche Verkehrsverbund-Preiserhöhung: Das müsste nicht sein!

Insbesondere Pendlerinnen und Pendler werden benachteiligt, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel verwenden. Das Land müsste endlich seinen Einfluss geltend machen und diese Regelung zu Fall bringen, anstatt die nicht gerechtfertigte Teuerung durchzuwinken“

»Haben Sie gerechnet, was das bringt?
Das ist **populistisch**, das bringt nichts.«

— FPÖ-Mann Christian Cramer lehnt den KPÖ-Antrag ab, die **Politikergehälter um 30 % zu senken**.

»Es würde **2,5 Mio. Euro jährlich** bringen.
20 Jahre könnte man damit die **Weihnachtsbeihilfe**, die „aus Kostengründen“ abgeschafft wurde, finanzieren.«

— KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler kann rechnen.



www.kpoe-steiermark.at

Post: Filialnetz weiter ausgedünnt

Nicht nur Schulen, Spitalsabteilungen, Nahversorger und Gemeindeämter sind in den vergangenen Jahren im ländlichen Raum nach und nach verschwunden. Auch die Post AG dünnt ihr Filialnetz immer weiter aus. Nur ein Teil der verlorenen Postämter wurde durch „Postpartner“ ersetzt.

Nun werden weitere Postfilialen geschlossen. Unter anderem trifft es Wildon, Neuhart und Fehring – eine Stadtgemeinde mit immerhin 7500 Einwohnern. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler übt Kritik an dieser Vorgangsweise: „Trotz steigender Gewinne und Dividenden für die Aktionäre wird das Netz konsequent ausgedünnt, auch nach weit über

1000 geschlossenen Filialen. Die Post sollte der Bevölkerung eigentlich ein flächendeckendes Angebot zu erschwinglichen Preisen anbieten. Die Vorgänge bei der Österreichischen Post AG zeigen, wohin die Privatisierungspolitik geführt hat.“



- Die Zahl der Beschäftigten sank von 35.493 (1999) auf 23.912 (2014).
- Der Gewinn (EBIT) stieg von 28 Mio. (2003) auf 197 Mio. Euro (2014).
- Die Dividende pro Aktie stieg von 0,51 EUR (2003) auf EUR 1,95 (2014).

Heizungen: Steirischen Haushalten drohen hohe Zusatzkosten

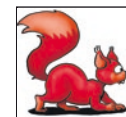
Wer eine Heizanlage eingebaut hat, die nun nicht mehr den neuesten Vorschriften entspricht, läuft Gefahr, diese durch eine neue ersetzen zu müssen. Das geht auf einen Landtagsbeschluss aus dem Jahr 2013 zurück, gegen den einzig die KPÖ gestimmt hat. Am 10. Mai wurde das Ausführungsgesetz beschlossen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg fürchtet, dass dieser Beschluss teure Konsequenzen für viele steirische Haushalte haben wird.

Damals hat die Steiermark verabsäumt, ähnlich wie Kärnten, Wien und Niederösterreich eine Ausnahmeregelung anzumelden. In diesen Ländern sind bestehende Heizungsanlagen von Zwangsüberprüfungen ausgenommen. In Kärnten gibt es Schätzungen, denen zu Folge bis zu 50 Prozent der bestehenden Zentralheizungen auszutauschen oder teuer zu sanieren gewesen wären.

Der Hintergrund: Alle so genannten Kleinf Feuerungsanlagen müssen aufgrund einer EU-Richtlinie einer Überprü-

fung auf Emissionen unterzogen werden. Der im Landtag getroffene Beschluss ist weitaus restriktiver als die zugrunde liegende EU-Richtlinie.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Viele steirische Haushalte werden eine unangenehme finanzielle Überraschung erleben, wenn ihnen die Sanierung oder der Austausch ihrer Heizungsanlage vorgeschrieben wird. Der Landtag hätte bereits 2013 die Notbremse ziehen müssen. Leider haben die anderen Parteien nicht reagiert.“



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gvat.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Nein zum TTIP-Abkommen!

„**Staatsstreich in Zeitlupe**“
– Rede von KPÖ-Klubob-
frau Klimt-Weithaler bei
der TTIP-Debatte im
Landtag

Die Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA verfolgen ein Ziel: Die endgültige Aushebelung jeglicher Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards, der demokratischen Einflussnahme auf Banken und Konzerne und die Abschaffung des Rechtsstaats zugunsten undurchsichtiger Schiedsgerichte, die Staaten zu Milliardenstrafen verurteilen können, wenn sie nicht nach der Pfeife der Konzerne tanzen.

Ein Beitritt zu einem oder allen dieser Freihandelsabkommen würde auch die Vernichtung von hunderttausenden Arbeitsplätzen auf beiden Seiten des Atlantiks bedeuten. Die Einfuhr von billig produzierten Produkten aus den USA, wo Unternehmen in der Regel höchstens freiwillig Pensions- und Gesundheitsbeiträge leisten, würde den Druck auf Löhne und Gehälter in Europa weiter erhöhen. Profitieren würden lediglich wenige große Konzerne. Verlieren würde hunderte Millionen Menschen.

Keine Regierung, die wiedergewählt werden möchte, würde einem solchen Abkommen zustimmen. Deshalb wird dieser Vertrag unter höchster Geheimhaltung auf EU-Ebene verhandelt, die Mitgliedsstaaten sollen dann stillschweigend zustimmen. So täuscht man demokratische Legitimation vor. Da trotz der Geheimniskrämerie immer wieder Informationen nach außen dringen, können sich alle Menschen ein Bild davon machen, was tatsächlich verhandelt wird. Dabei wird deutlich, dass die Gegnerinnen und Gegner nicht dramatisieren und übertreiben, wie ihnen oft vorgeworfen wurde. Es steht tatsächlich viel auf dem Spiel. Auch in Österreich würde kaum ein Stein auf dem anderen bleiben, wenn sich die neoliberalen Freihandels-Hardliner durchsetzen.

Die US-amerikanische Handelsrechtsexpertin Lori Wallach bezeichnete TTIP als „große Unterwerfung“ der Teilnehmerstaaten unter die Interessen von Großkonzernen und als „Staatsstreich in Zeitlupe“. Genau diese Politik, die den Menschen in den letzten Jahrzehnten bereits aufgezwungen wurde, ist für die wachsende soziale Ungleichheit in den USA und in Europa verantwortlich. Genau diese Politik

wird von immer mehr Menschen in Frage gestellt, auch wenn sie von den Herrschenden gerne als alternativlos dargestellt wird.

Wir brauchen weder TTIP, noch TiSA, noch CETA. Der steirische Landtag entscheidet nicht über den Beitritt der Republik Österreich und der EU zu diesen oder irgendwelchen anderen Freihandelsabkommen. Der Landtag vertritt aber die steirische Bevölkerung und darf zu einem so wichtigen Thema, das jeden und jede Einzelne betrifft, nicht schweigen. Wenn wir wollen, dass uns die Bevölkerung künftig wieder als Vertretung

ihrer eigenen Interessen wahrnimmt und nicht als Sprachrohr der Banken und Konzerne, dann muss der steirische Landtag ein klares Signal aussenden. Und es reicht nicht, nein zu TTIP zu sagen. Die Menschen erwarten eine Abkehr von jener Politik, die es möglich gemacht hat, dass solche Verhandlungen überhaupt geführt werden.

Unsere Löhne, unsere arbeitsrechtlichen Bestimmungen, unsere betrieblichen Mitwirkungsrechte, unser Recht auf Urlaub sind keine Handelshemmnisse. Es sind teuer erkämpfte Rechte, die wir nicht auf den Altar des Freihandels opfern dürfen!

Öffentliche Dienstleistungen wie Verkehr, Gesundheit, Soziale



Dienste und Wasserversorgung sind keine Spielbälle für Großkonzerne, sondern das Recht aller Menschen. Strenge Zulassungsverfahren für Lebensmittel und eine strengere Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Waren sind kein Handelshemmnis, sondern wichtige Rechte zum Schutz unserer Gesundheit!

Darum wehren wir uns dagegen, dass unsere sozialen und demokratischen Rechte sowie unser Umweltschutz durch einen hemmungslosen Neoliberalismus den Profitinteressen der großen Konzerne geopfert werden sollen.

Lassen wir die politisch Verantwortlichen wissen: Wir wollen, dass die TTIP-Verhandlungen beendet werden. Wir brauchen TTIP nicht, weder im vorliegenden Entwurf noch in einer anderen Form.



Steirische Schulen erhalten!

Über 40 steirische Schulen sind den „Reformen“ von SPÖ und ÖVP in der vergangenen Landtagsperiode zum Opfer gefallen. Im Frühjahr kündigte Schullandesrätin Ursula Lackner (SPÖ) an, dass bis zu 59 weitere Schulen geschlossen werden könnten. Die KPÖ spricht sich gegen Schulschließungen aus. Auch in kleineren Gemeinden erfüllen Schulen eine wichtige Aufgabe, in Kleinschulen wird oft Unterricht in hervorragender Qualität angeboten.

Die Bildungspolitik des Landes hat sich in den vergangenen Jahren auf eine flächendeckende Schließung von Kleinschulen und die Einführung von Kindergartengebühren beschränkt. Der Bildungsplan enthält zwar positive Zielsetzungen, umgesetzt werden allerdings „aus Kostengründen“ vor allem negative Maß-



nahmen. Die Kinder gehören zu den ersten, die die verfehlte Budgetpolitik des Landes ausbaden müssen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Schulschließungen haben viele negative Auswirkungen. Die Kinder

müssen lange Schulwege in Kauf nehmen, die Gemeinden werden systematisch ausgehungert. Die Schule ist das Herz in vielen kleinen Gemeinden. Gerade in Kleinschulen herrscht oft ein Klima, das einen Unterricht in hoher Qualität möglich macht.“